

### **Erklärung nach § 31 GO**

**der Abgeordneten Klaus-Peter Willsch, Manfred Kolbe, Alexander Funk, Dr. Peter Gauweiler, Veronika Bellmann und Christian Hirte (alle CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/ CSU und FDP zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister der Finanzen: Stabilität der Euro-Zone sichern – Reformkurs in Griechenland vorantreiben (Zusatztagesordnungspunkt 17)**

Griechenland ist insolvent und nicht nur illiquide. Die Gesamtverschuldung beträgt rund 350 Milliarden Euro. Allein von 2010 zu 2011 stieg die Gesamtverschuldungsquote von 142,7 Prozent auf 153,4 Prozent des Bruttosozialprodukts. Keinem Land der Welt ist es bisher gelungen, einen solchen Schuldenberg abzutragen. Einsparungen alleine werden nicht ausreichen. Griechenland verfügt auch über keine wettbewerbsfähige Exportwirtschaft, und eine solche kann auch nicht in wenigen Jahren aufgebaut werden, wie die deutschen Erfahrungen mit dem Aufbau Ost zeigen. Die Privatisierungserlöse werden in den ersten Jahren eher bescheiden sein. Die bisherige Strategie, Zeit zu gewinnen, um die Wachstumskräfte in Griechenland in Bewegung zu setzen, ist damit gescheitert.

Als Alternative bleibt daher nur eine Umschuldung, das heißt ein Schuldenschnitt – Haircut –, der die griechische Staatsschuld zumindest halbiert. Die von dem Antrag als „angemessene Beteiligung privater Gläubiger“ ins Auge gefasste bloße Verlängerung der Laufzeiten der Anleihen reicht nicht aus, da dies an der Schuldenlast nichts ändert. Vielmehr ist es den Anleihegläubigern, die teilweise sehr hohe Zinsen vereinnahmen, zumutbar, ebenfalls einen wirklichen Sanierungsbeitrag zu übernehmen und nicht alle Lasten dem europäischen Steuerzahler und der zukünftigen Generation aufzubürden. Allein ein solcher Schuldenschnitt gibt auch Griechenland eine Chance für einen Neubeginn.

Wir fordern diesen Weg als überzeugte Europäer, da die bisherige Strategie Europa auseinanderzureißen droht. Hakenkreuze in Europafahnen und Vergleiche mit der Besetzung im Zweiten Weltkrieg in Griechenland machen dies genauso deutlich wie Schlagzeilen über angeblich faule Südländer im Norden Europas. Die Idee, mit einer Art „Treuhand“ Privatisierungserlöse von 50 Milliarden Euro in Griechenland zu erzielen, würde die Kluft vertiefen, wenn sich dann Nordeuropäer zu Schnäppchenpreisen das griechische Staatsvermögen aneignen. Wer Europa wirklich will, muss im Interesse Griechenlands und Europas eine echte Umschuldung einleiten.

Aus diesen Gründen können wir dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.